

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu den Notenwechseln

vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991

über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte

und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990

zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

A. Zielsetzung

Durch die Herstellung der deutschen Einheit und die Suspendierung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten am 3. Oktober 1990 mußten zu diesem Zeitpunkt Übereinkünfte in Kraft gesetzt werden, um den Verbleib der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin auf eine vertragliche Grundlage zu stellen und die Rechtsstellung von Streitkräften westlicher Entsendestaaten in den neuen Bundesländern und in Berlin zu regeln. Gleichzeitig mußten in bezug auf Berlin allgemeine Rechtsfragen der Überleitung geklärt werden, um nach dem Wegfall der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten ein rechtliches Vakuum und Rechtsunsicherheit zu vermeiden. Eine rechtzeitige Inkraftsetzung der vorgenannten Übereinkünfte war nur durch Rechtsverordnungen möglich, weil die für ein Gesetz erforderlichen Verfahrensmodalitäten und Fristen bis zum 3. Oktober 1990 nicht einzuhalten gewesen wären. Nunmehr soll das vorgesehene Verfahren gemäß Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes durchgeführt werden.

Zugleich soll Nummer 4 Buchstabe c des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut, der nicht durch die vorgenannten Rechtsverordnungen in Kraft gesetzt worden war, mit dem ergänzenden Notenwechsel vom 23. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande über Besuche der Streitkräfte dieser Staaten in Berlin in Kraft gesetzt werden.

B. Lösung

Erlaß eines Vertragsgesetzes zu den oben genannten Übereinkünften.

Der Entwurf des Vertragsgesetzes beschränkt sich auf unerläßliche Durchführungsbestimmungen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Mit der Entstehung zusätzlicher Kosten für Bund, Länder und Gemeinden ist nicht zu rechnen.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

021 (212) – 379 35 – Tr 2/92

Bonn, den 18. Dezember 1992

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 646. Sitzung am 25. September 1992 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Kohl

Entwurf

**Gesetz
zu den Notenwechseln
vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991
über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte
und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990
zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin**

Vom

1992

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Folgenden, von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

- a) Notenwechsel vom 25. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, Kanada, dem Königreich der Niederlande, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Übereinkünften (Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut),
- b) Notenwechsel vom 23. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande über Besuche der Streitkräfte dieser Staaten in Berlin (Notenwechsel vom 23. September 1991 über Besuche von Streitkräften in Berlin),
- c) Notenwechsel vom 25. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin (Notenwechsel vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin),
- d) Übereinkommen vom 25. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin (Übereinkommen vom 25. September 1990 in Bezug auf Berlin).

(2) Die aufgeführten Übereinkünfte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für Besatzungsschäden, die in der Zeit vom 5. Mai 1955 bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 im Gebiet der

früheren 3 Westsektoren von Berlin verursacht worden sind, werden nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 Entschädigungen geleistet.

(2) Ein Besatzungsschaden ist gegeben, wenn die Voraussetzungen des § 2 Nr. 1 bis 5 des Gesetzes über die Abgeltung von Besatzungsschäden in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 624-1, veröffentlichten bereinigten Fassung erfüllt sind und keine Ausschlusstatbestände im Sinne der §§ 3 und 33 Abs. 1 dieses Gesetzes vorliegen.

(3) Entschädigungen werden geleistet, wenn und soweit nach der Verordnung Nr. 508 der Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors vom 21. Mai 1951 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Berlin S. 403) und den dazu ergangenen besatzungsrechtlichen Regelungen die Zahlung der Entschädigung genehmigt werden konnte und nicht eine Entscheidung oder Vereinbarung getroffen worden ist, die den Besatzungsschaden endgültig abgegolten hat.

(4) Entschädigungsansprüche sind innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes geltend zu machen. War im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Verfahren zur Abgeltung eines Besatzungsschadens auf der Grundlage der besatzungsrechtlichen Vorschriften anhängig, so bedarf es keines Antrags.

(5) Über die Anträge entscheidet die zuständige Behörde des Landes Berlin unter Anwendung des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung vom 8. Dezember 1976 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Berlin S. 2735). Die §§ 35, 53 Abs. 1 bis 3 und § 54 des Gesetzes über die Abgeltung von Besatzungsschäden sind entsprechend anzuwenden.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für Besatzungsschäden, die in der Zeit vom 1. August 1945 bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 von dem in § 2 Nr. 1 bis 5 des Gesetzes über die Abgeltung von Besatzungsschäden genannten Personenkreis der amerikanischen, britischen oder französischen Besatzungsmächte im Gebiet des früheren Ostsektors von Berlin oder auf den früheren Transitwegen von und nach Berlin verursacht worden sind.

Artikel 3

Die Artikel 6 bis 14 und 25 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183) gelten sinngemäß für die Abgeltung von Schäden, für die die Streitkräfte des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten

Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland verantwortlich sind, wenn diese Schäden nach dem 2. Oktober 1990 im Gebiet der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen verursacht worden sind. Zuständige deutsche Behörden im Sinne des Artikels 8 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut sind die Behörden der Verteidigungslastenverwaltung des Landes Berlin.

Artikel 4

(1) Die den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften am 2. Oktober 1990 auf dem Gebiet des Landes Berlin zur Verfügung stehenden Grundstücke gelten mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 als rechtlich in Anspruch genommen, soweit sie für die im Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Übereinkünften sowie zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin genannten Zwecke weiterhin benötigt werden.

(2) Die fortdauernde Inanspruchnahme gilt mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 als vorzeitige Besitzeinweisung im Sinne des § 38 des Landbeschaffungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-3, veröffentlichten bereinigten Fassung. Die Vorschriften des Landbeschaffungsgesetzes mit Ausnahme des § 42 gelten entsprechend.

Artikel 5

(1) Die den amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ihren zivilen Gefolgen, ihren Mitgliedern und Angehörigen in Berlin gemäß Nummer 3 des Notenwechsels vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin eingeräumte Rechtsstellung bezieht sich auch auf die zivilen Arbeitskräfte und andere Personen, die mit der Truppe, ihren zivilen Gefolgen, ihren Mitgliedern und Angehörigen rechtliche Beziehungen unterhalten.

(2) Das Gleiche gilt für die den Streitkräften in Nummer 4b des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut eingeräumte Rechtsstellung.

Artikel 6

Die Artikel 3 und 5 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183) gelten auch in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Artikel 7

Die in den Notenwechseln vom 25. September 1990 in Verbindung mit Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a und Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts geregelte Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten ist nach den folgenden besonderen Bestimmungen auszuführen:

§ 1

Soweit die Behörden des Entsendestaates die Gerichtsbarkeit nach den Notenwechseln in Verbindung mit Arti-

kel VII Abs. 2 Buchstabe a oder Abs. 3 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts oder nach Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens ausüben, sind die Strafverfolgungsbehörden auf deren Ersuchen befugt, zur Erfüllung der sich aus Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a und Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts ergebenden Verpflichtungen den Verfolgten vorläufig festzunehmen und bis zur Übergabe an die Militärbehörde des Entsendestaates festzuhalten sowie Beschlagnahmen und Durchsuchungen durchzuführen und sonstige zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlichen Ermittlungshandlungen vorzunehmen. Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung gelten entsprechend, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.

§ 2

Die auf Grund eines Ersuchens nach Artikel VII Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts erforderliche Beschlagnahme und Durchsuchung werden von dem Amtsgericht angeordnet, in dessen Bezirk die Handlungen vorzunehmen sind. Sind Rechtshilfehandlungen in den Bezirken mehrerer Gerichte vorzunehmen, so richtet sich die Zuständigkeit danach, welches Gericht oder, solange noch kein Gericht befaßt ist, welche Staatsanwaltschaft zuerst mit der Sache befaßt wurde.

§ 3

(1) Ist nach Eingang eines Ersuchens um Festnahme und Übergabe nach Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts der Aufenthaltsort des Verfolgten nicht bekannt, können die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten die Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Festnahme, wenn die vorläufige Festnahme erforderlich ist, veranlassen.

(2) Ist der Aufenthaltsort des Verfolgten bekannt, so ist er vorläufig festzunehmen, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen und bei Würdigung der Umstände des Einzelfalles die Gefahr besteht, daß er sich der Übergabe an die Militärbehörde des Entsendestaates entziehen werde.

(3) Ein Festgenommener ist unverzüglich, spätestens am Tage nach seiner Festnahme, dem Richter des nächsten Amtsgerichts vorzuführen.

(4) Der Richter vernimmt den Verfolgten unverzüglich nach der Vorführung, spätestens am nächsten Tag, über seine persönlichen Verhältnisse, insbesondere über seine Staatsangehörigkeit. Er teilt ihm die Gründe der Festnahme mit und weist ihn darauf hin, daß er sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes bedienen kann. Sodann befragt er ihn, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen er Einwendungen gegen seine vorläufige Festnahme und die Übergabe an die Militärbehörden des Entsendestaates erheben will.

(5) Hält der Richter die Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme für gegeben und das Ersuchen um Übergabe für gerechtfertigt, ordnet er durch Beschluß an, daß der Verfolgte unverzüglich an die zuständige Militärbehörde des Entsendestaates, der um die Festnahme und Übergabe ersucht hat, zu übergeben ist. Andernfalls ist der Verfolgte freizulassen.

(6) Gegen den die Übergabe anordnenden Beschluß des Richters ist die sofortige Beschwerde zulässig. Bis zur Entscheidung des Beschwerdegerichts darf die Übergabe nicht vollzogen werden.

§ 4

Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes), der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe der §§ 1 bis 3 eingeschränkt.

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 1250) außer Kraft.

(2) Der Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut mit Ausnahme seiner Nummer 4 Buchstabe c und der Notenwechsel vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin sind am 3. Oktober 1990 in Kraft getreten (BGBl. 1990 II S. 1250). Die Nummer 4 Buchstabe c des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut und der ergänzende Notenwechsel vom 23. September 1991 über Besuche von Streitkräften in Berlin treten zu dem in Absatz 1 vorgesehenen Zeitpunkt in Kraft.

(3) Der Tag, an dem das Übereinkommen vom 25. September 1990 in Bezug auf Berlin nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung**Zu Artikel 1**

Auf die Übereinkünfte findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG Anwendung, da sie die politischen Beziehungen des Bundes regeln und da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Übereinkünfte waren angesichts der Notwendigkeit, Regelungslücken nach der Herstellung der deutschen Einheit und der Suspendierung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten zu vermeiden, mit Verordnungen vom 28. September 1990 vorläufig für die Zeit ab dem 3. Oktober 1990 in Kraft gesetzt worden.

Nummer 4 Buchstabe c des Notenwechsels vom 25. September 1990 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juli 1951 und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Übereinkünften war von der Rechtsverordnung vom 28. September 1990 ausdrücklich nicht erfaßt. Er wird nunmehr mit einem ergänzenden Notenwechsel vom 23. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande über Besuche der Streitkräfte dieser Staaten in Berlin in Kraft gesetzt.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 GG erforderlich, da das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland muß sicherstellen, daß sie ihre völkerrechtliche Verpflichtung aus dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin (Artikel 5 Abs. 3) vom 23. September 1990 zur Regulierung von Besatzungsschäden erfüllen kann. Durch die Regelung des Artikels 2 werden die in der Zeit vom 5. Mai 1955 bis einschließlich 2. Oktober 1990 verursachten Besatzungsschäden abgegolten, soweit sie nicht bereits auf der besatzungsrechtlichen Grundlage der Militärregierungsverordnung Nr. 508 betreffend die Entschädigung für Besatzungsschäden vom 21. Mai 1951 reguliert worden sind. Für die frühere Zeit ist eine abschließende Regelung bereits durch das auch in Berlin geltende Gesetz

über die Abgeltung von Besatzungsschäden vom 1. Dezember 1955 getroffen worden.

Artikel 2 räumt den Geschädigten in gleicher Weise wie schon das Gesetz über die Abgeltung von Besatzungsschäden öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland ein, die im verwaltungsbehördlichen Verfahren vor der Berliner Behörde und im Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten verfolgt werden können. Diese waren auch bisher für die Abgeltung von Besatzungsschäden zuständig. Im Interesse der Gleichbehandlung aller Geschädigten werden die Besatzungsschäden so abgegolten, wie sie bisher unter Anwendung der Militärregierungsverordnung Nr. 508 ausgeglichen worden sind. Durch die entsprechende Anwendung einiger Vorschriften des Gesetzes über die Abgeltung von Besatzungsschäden werden Lücken in der Regelung der Militärregierungsverordnung Nr. 508 geschlossen.

Durch die Vorschrift des Absatzes 6 werden auch solche Schäden abgegolten, die von den drei westlichen Besatzungsmächten in Ostberlin oder auf den Transitwegen von und nach Berlin verursacht worden sind. Da diese Schäden durch das Gesetz zur Abgeltung von Besatzungsschäden nicht geregelt worden sind, ist hier auch der Zeitraum vom 1. August 1948 bis zum 5. Mai 1955 erfaßt.

Zu Artikel 3

Aufgrund der Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut nebst Zusatzvereinbarungen (Nummer 4 Buchstabe b) und zum befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin (Nummer 3) gelten die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzvereinbarungen sinngemäß für die Abgeltung von Schäden, die nach dem 2. Oktober 1990 von amerikanischen, belgischen, britischen, französischen, kanadischen oder niederländischen Streitkräften im Gebiet der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verursacht werden. Die Bestimmung des Artikels 3 enthält die zur Abgeltung der Schäden erforderliche Verfahrensregelung. Sie entspricht der Verfahrensregelung für Schäden, die von den genannten Streitkräften im bisherigen Bundesgebiet verursacht werden.

Die Behörden der Verteidigungslastenverwaltung des Landes Berlin sollen auch die Schadensfälle abgelden, die in den anderen in der Bestimmung genannten Ländern, insbesondere auf dem Weg von und nach Berlin, verursacht werden. Grund dafür ist, daß in den anderen Ländern Behörden der Verteidigungslastenverwaltung nicht existieren, daß nur mit wenigen Schadensfällen dort zu rechnen ist und daß die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte nur in Berlin Aufenthaltsrechte haben.

Zu Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland muß innerstaatlich sicherstellen, daß sie ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen aus den Notenwechseln vom 25. September 1990 nachkommen und den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften und Dienststellen die weitere Nutzung der ihnen am 2. Oktober 1990 zur Verfügung stehenden Grundstücke soweit erforderlich ermöglichen kann. Dem dient die Regelung des Artikels 4.

Absatz 1 regelt die rechtliche Inanspruchnahme der erwähnten Grundstücke, ohne daß es eines neuen Raumordnungsverfahrens bedarf. Absatz 2 sieht eine sinngemäße Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Landbeschaffungsgesetzes vor.

Zu Artikel 5

Artikel 5 beugt unterschiedlichen Rechtsauffassungen über die Tragweite von Nummer 3 des Notenwechsels über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin vor. Die Wahrung der Rechtseinheit im Bundesgebiet erfordert, daß auch die zivilen Arbeitskräfte und andere Personen, die mit den verbündeten Streitkräften in Berlin und im Beitrittsgebiet Rechtsbeziehungen unterhalten, die gleiche Rechtsstellung seit dem 3. Oktober 1990 haben, die in den westlichen Bundesländern gegeben ist. Die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzvereinbarungen dazu sind entsprechend anzuwenden; § 3 Nr. 5 und 6 des Sechsten Überleitungsgesetzes vom 25. September 1990 (BGBl. I S. 2106) schließt nur deren unmittelbare Anwendung aus.

Zu Artikel 6

Nach Nummer 4 Buchstabe b und der Nummer 3 der Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut und den Zusatzvereinbarungen bzw. zum befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin haben die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in den neuen Bundesländern und in Berlin die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in den alten Bundesländern gewährt wird. Aufgrund dieser Vereinbarungen gelten die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzvereinbarungen über die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit (vgl. Artikel VII NTS) sinngemäß bei etwaigen strafbaren Handlungen, die in den neuen Bundesländern oder in Berlin begangen wurden und bei denen die alliierten Streitkräfte nach den Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts die Ausübung eigener Strafgerichtsbarkeit in Anspruch nehmen. Artikel 6 regelt die Zuständigkeit für die nach dem NATO-Truppenstatut und den Zusatzvereinbarungen vorgesehenen Erklärungen zur Ausübung der Gerichtsbarkeit in der Weise, daß Artikel 3 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und den Zusatz-

vereinbarungen vom 18. August 1961 entsprechende Anwendung findet. Ebenso wie in den alten Bundesländern ist danach die Staatsanwaltschaft in den neuen Bundesländern und in Berlin zuständig für Erklärungen zur Ausübung der Gerichtsbarkeit.

Der Verweis auf Artikel 5 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 ist erforderlich, da sich Anwendungsfälle auch im Beitrittsgebiet und in Berlin ergeben können. Denkbar sind Fälle, in denen ein Gläubiger die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner aus dem Beitrittsgebiet betreibt, der seinerseits, etwa aus Direktlieferungen oder sonstigen Leistungen, einen Zahlungsanspruch gegen NATO-Streitkräfte bzw. einen Entsendestaat hat.

Zu Artikel 7

Artikel VII des NATO-Truppenstatuts und Artikel 19 des Zusatzabkommens regeln Fragen der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit einschließlich der gegenseitigen Unterstützung und Unterstützung bei Ermittlungen in Strafsachen und bei Festnahmen und Übergabe von Personen an die Behörden, die nach diesen Bestimmungen die Gerichtsbarkeit ausüben. Die in völkerrechtlichen Verträgen vereinbarte Gestattung der Truppenstationierung schließt in aller Regel die Einwilligung ein, daß Mitglieder der Truppen des Entsendestaates durch eigene Behörden oder Militärgerichte disziplinarisch oder strafrechtlich belangt werden können, wenn Interessen des Aufnahmestaates hierdurch nicht oder nur in geringem Umfang berührt sind. In den Fällen, in denen der Entsendestaat im Rahmen des NATO-Truppenstatuts die Gerichtsbarkeit ausübt, sind deutsche Behörden deshalb zur Unterstützung und ggf. auch zur Festnahme eines Truppenmitglieds berechtigt und verpflichtet.

Da die Behörden der Entsendestaaten in den neuen Bundesländern nur ausnahmsweise und mit Genehmigung der Bundesregierung tätig werden dürfen, werden sie auf eine intensivere Zusammenarbeit angewiesen sein als im Geltungsbereich des NATO-Truppenstatuts (z. B. bei Festnahme und Überstellung durch die deutschen Behörden). Für die Unterstützungshandlungen durch deutsche Behörden gelten die Bestimmungen der Strafprozeßordnung nicht unmittelbar, weil deutsche Gerichtsbarkeit nicht ausgeübt wird. Bei der in Stationierungsverträgen üblicherweise vereinbarten gegenseitigen Unterstützung handelt es sich um spezielle Vereinbarungen über Zusammenarbeit, auf die die Bestimmungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) ebenfalls nicht unmittelbar und insbesondere nicht in vollem Umfang Anwendung finden können; denn die Unterstützungspflicht besteht auch bei Straftaten, die nach deutschem Recht nicht strafbar sind, insbesondere auch bei militärischen Delikten. Daher sollen die Befugnisse der deutschen Behörden bei Unterstützungshandlungen sowie das dabei einzuhaltende Verfahren klargestellt und zugleich für die Praxis eine eindeutige Handlungsanweisung gegeben werden.

Dies geschieht durch Artikel 7, in dem die Befugnisse zur Festnahme, zur Beschlagnahme und zur Durchsuchung festgestellt (§ 1) und das Verfahren in Anlehnung an die Strafprozeßordnung näher geregelt wird (§§ 2 und 3). Außerdem wird dem Zitiergebot von Artikel 10 Abs. 1 und 2 GG Genüge getan (§ 4).

Zu Artikel 8

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 GG.

Absatz 2 erläutert den jeweiligen Zeitpunkt des Inkrafttretens der Übereinkünfte.

Schlußbemerkung

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind aus folgenden Gründen nicht zu erwarten:

Die Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut und vom 23. September 1991 über Besuche von Streitkräften in Berlin regeln lediglich die Rechtsstellung der Streitkräfte der Entsendestaaten. Der Notenwechsel vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin regelt die Rechtsstellung der in Berlin verbleibenden Streitkräfte der ehemaligen westlichen Besatzungsmächte nach dem Wegfall des Besatzungsrechts, begründet aber keine zusätzlichen Kosten. Schließlich enthält das Abkommen vom 25. September 1990 in bezug auf Berlin ausschließlich rechtliche Übergangsregelungen für die Zeit nach dem Wegfall des Besatzungsrechts.

**Notenwechsel
vom 25. September 1990
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages
über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951
und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959
nebst zugehörigen Übereinkünften**

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25. September 1990

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25 September 1990

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 25 septembre 1990

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geführten Gespräche über das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen, das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem genannten Abkommen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen („Zusatzabkommen“) und die dazugehörigen Vereinbarungen Bezug zu nehmen. Ich beehre mich, Ihren Regierungen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das folgende zur Kenntnisnahme vorzuschlagen:

1. Nach Herstellung der Einheit Deutschlands und dem Abschluß des am 12. September 1990 unterzeichneten Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland bleiben die genannten Übereinkünfte vorbehaltlich der Nummern 2 und 4 dieser Note in Kraft.
2. Nach Artikel 82 des Zusatzabkommens kann jede Vertragspartei eine Überprüfung des genannten Abkommens beantragen; in diesem Fall wird mit der Überprüfung spätestens drei Monate nach Stellung des Antrags begonnen. Die Vertragsparteien prüfen diese Angelegenheit derzeit, wobei sie den Entwicklungen in Europa und in Deutschland Rechnung tragen, insbesondere der Durchführung von Truppenreduzierungen und der Vollendung der Einheit Deutschlands.
3. Bei der Anwendung dieser Übereinkünfte werden die unter Nummer 2 genannten Entwicklungen gebührend berücksichtigt.
4. a) Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der derzeitige räumliche Geltungsbereich dieser Übereinkünfte von der Herstellung der Ein-

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada, the French Republic, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America concerning the Agreement of 19 June 1951 between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the Agreement of 3 August 1959 to supplement that Agreement with respect to foreign forces stationed in the Federal Republic of Germany ("the Supplementary Agreement"), and the Agreements related thereto. I have the honour to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that your Governments note that:

1. Following the establishment of German unity and the conclusion of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, signed on 12 September 1990, the above-mentioned Agreements remain in force, subject to paragraphs 2 and 4 below.
2. According to Article 82 of the Supplementary Agreement, any Party may request a review of that Agreement; in this case such a review shall be opened within a period not to exceed three months after submission of the request. The Parties are currently studying this matter, bearing in mind developments in Europe and in Germany, notably the implementation of force reductions and the attainment of German unity.
3. In the application of these Agreements due account will be taken of the developments mentioned in the previous paragraph.
4. a) Taking account of the fact that the existing territorial application of these Agreements shall remain unaffected by the establishment of

Excellences,

J'ai l'honneur de me référer aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Royaume des Pays-Bas au sujet de la Convention du 19 juin 1951 entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces, de l'Accord du 3 août 1959 complétant cette Convention en ce qui concerne les forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne («l'Accord complémentaire») et des Accords qui s'y rapportent. J'ai l'honneur de proposer, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, que vos gouvernements prennent acte de ce que:

1. Les accords mentionnés plus haut demeurent en vigueur, sous réserve des paragraphes 2 et 4 ci-dessous, après l'établissement de l'unité allemande et la conclusion du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé le 12 septembre 1990.
2. En vertu de l'article 82 de l'Accord complémentaire, chaque Partie peut demander un réexamen de cet Accord; dans cette hypothèse un tel réexamen sera engagé dans un délai qui n'excèdera pas trois mois après le dépôt de la demande. Les Parties étudient actuellement cette question, ayant à l'esprit les développements en Europe et en Allemagne, notamment la mise en œuvre des réductions de forces et l'achèvement de l'unité allemande.
3. Dans l'application de ces accords, il sera dûment tenu compte des développements mentionnés au paragraphe ci-dessus.
4. a) Prenant en considération le fait que l'application territoriale actuelle de ces accords ne sera pas affectée par l'établissement de l'unité alle-

heit Deutschlands unberührt bleibt, dürfen die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen jede dienstliche Tätigkeit mit Ausnahme von Reisen nach und von Berlin nur mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Behörden durchführen. Private Tätigkeiten eines Mitglieds ihrer Truppen oder zivilen Gefolge oder eines Angehörigen bedürfen keiner Zustimmung.

- b) Die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen haben in den genannten Ländern die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gewährt wird.
- c) Die Bestimmungen dieser Nummer gelten in Berlin für die belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen, sobald die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Belgien, Kanada und das Königreich der Niederlande arbeiten so bald wie möglich zusätzliche Regelungen im Geist dieser Vereinbarung aus.
- d) Sollten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien dieser Vereinbarung betreffend die praktische Anwendung dieser Nummer auftreten, so werden sie durch ein beratendes Gremium beigelegt, das sich aus Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und jeder anderen unmittelbar betroffenen Vertragspartei zusammensetzt.
- e) Die Bestimmungen dieser Nummer werden bei Ablauf der in Artikel 4 Absatz 1 des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland bezeichneten Frist oder, wenn die Vertragsparteien dieser Vereinbarung dies vereinbaren, zu einem früheren Zeitpunkt überprüft.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die nach

German unity, any official activity by the forces of the sending States, their civilian components, their members and dependents in the Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saxony, Saxony-Anhalt and Thuringia, with the exception of travel to and from Berlin, shall only occur with the express consent of the German authorities. Private activities by any member of their forces or civilian components or by any dependent shall not require consent.

- b) The forces of the sending States, their civilian components, their members and dependents shall enjoy in the above-mentioned Länder the same status as that accorded to them in the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein.
- c) The provisions of this paragraph shall apply in Berlin for the Belgian, Canadian and Netherlands' forces, their civilian components, their members and dependents when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. The Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada, and the Kingdom of the Netherlands shall develop as soon as possible additional arrangements in the spirit of this Agreement.
- d) If differences arise between the Parties to this Agreement relating to the practical application of this paragraph, they shall be settled by a consultative group consisting of representatives from the Federal Republic of Germany and any other Party directly concerned.
- e) The provisions of this paragraph shall be reviewed at the expiry of the period referred to in Article 4, paragraph 1, of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, or earlier, should the Parties to this Agreement so agree.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada, the French Republic, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our Governments, which shall enter into force, following completion of the necessary constitutional

mande, toute activité officielle d'une quelconque des forces des Etats d'origine, de leurs éléments civils, de leurs membres et de leurs personnes à charge dans les Länder de Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie antérieure, Saxe, Saxe-Anhalt et Thuringe, à l'exception des déplacements à destination et à partir de Berlin, ne pourra avoir lieu qu'avec le consentement exprès des autorités allemandes. Ce consentement ne sera pas requis pour les activités privées de tout membre des forces ou des éléments civils, ou de leurs personnes à charge.

- b) Les forces des Etats d'origine, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge jouiront dans les Länder ci-dessus mentionnés du même statut que celui qui leur est accordé dans les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein.
- c) Les dispositions du présent paragraphe s'appliqueront à Berlin aux forces belges, canadiennes et néerlandaises, à leurs éléments civils, à leurs membres et à leurs personnes à charge lorsque les effets des droits et responsabilités quadripartites auront cessé. La République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Canada et le Royaume des Pays-Bas élaboreront aussi rapidement que possible des arrangements additionnels dans l'esprit du présent accord.
- d) Si des divergences apparaissent entre les Parties au présent accord relatives à l'application pratique du présent paragraphe, elles seront réglées par un groupe de consultation composé de représentants de la République fédérale d'Allemagne et de toute autre Partie directement concernée.
- e) Les dispositions du présent paragraphe seront réexaminées à l'expiration de la période visée à l'article 4, paragraphe 1, du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, ou plus tôt si les Parties au présent accord en conviennent ainsi.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette lettre, cette lettre et les lettres de réponse exprimant l'accord de vos gouvernements constitueront un accord entre nos gouvernements. Cet accord entrera en vigueur, après l'accomplissement des procédures

Erfüllung der erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, sobald die Einheit Deutschlands hergestellt ist.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigelegt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. E.
dem Botschafter des Königreichs Belgien

S. E.
dem Botschafter
der Französischen Republik

S. E.
dem Botschafter Kanadas

S. E.
dem Botschafter des Königreichs
der Niederlande

S. E.
dem Botschafter der Vereinigten Staaten
von Amerika

S. E.
dem Botschafter des Vereinigten
Königreichs Großbritannien und Nordirland
Bonn

requirements in the Federal Republic of Germany, when German unity is established.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

H. E.
The Ambassador of the Kingdom
of Belgium

H. E.
The Ambassador of the French Republic

H. E.
The Ambassador of Canada

H. E.
The Ambassador of the Kingdom
of the Netherlands

H. E.
The Ambassador of the United States
of America

H. E.
The Ambassador of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland
Bonn

constitutionnelles requises en République fédérale d'Allemagne, lorsque l'unité de l'Allemagne sera réalisée.

Les textes anglais et français de cette lettre sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume de Belgique

S. E.
l'Ambassadeur de la République française

S. E.
l'Ambassadeur du Canada

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume des Pays-Bas

S. E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de
Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Bonn

Notenwechsel vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen in Berlin

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 23. September 1991

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande geführten Gespräche über zusätzliche Regelungen im Sinne der Nummer 4 Buchstabe c der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut, zum Zusatzabkommen und zu den dazugehörigen Vereinbarungen Bezug zu nehmen und den Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung über Erleichterungen von Besuchen in Berlin vorzuschlagen:

1. Unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten in Berlin, deren sich alle Seiten bewußt sind, dürfen sich nach vorheriger Anmeldung bei den deutschen Behörden bis zu vier Personen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen, ihrer zivilen Gefolge, ihrer Mitglieder und Angehörigen gemeinsam zu dienstlichen Tätigkeiten in Berlin aufhalten; bei gemeinsamem Aufenthalt von mehr als vier Personen ist eine Genehmigung der deutschen Behörden erforderlich.
2. Private Tätigkeiten eines Mitglieds ihrer Truppen (ohne Uniform), der zivilen Gefolge oder eines Angehörigen bedürfen keiner Zustimmung.
3. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 23 September 1991

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands on additional arrangements within the meaning of paragraph 4 (c) of the Agreement by Exchange of Notes of 25 September 1990 concerning the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the Supplementary Agreement and the Agreements related thereto, and to propose to the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, the following Arrangement to facilitate visits to Berlin:

1. Taking account of the political situation in Berlin, of which all parties are aware, up to four persons of the Belgian, Canadian and Dutch forces stationed in the Federal Republic of Germany, their civilian components, their members and dependents may together, having informed the German authorities, stay in Berlin to carry out official activities; authorization shall be required from the German authorities if a stay is to be by more than four persons.
2. Private activities of any member of their forces (in civilian clothes) or civilian components or by any dependent shall not require consent.
3. No weapons may be carried.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Arrangement between the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands, which shall enter into force following completion of any necessary constitutional

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 23 septembre 1991

Excellences,

Me référant aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas au sujet d'arrangements additionnels dans l'esprit de l'alinéa c) du paragraphe 4 de l'Accord par échange de lettres du 25 septembre 1990 concernant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces, l'Accord complémentaire et les Accords qui s'y rapportent, j'ai l'honneur de proposer aux Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de conclure l'Arrangement suivant en vue de faciliter les visites à Berlin:

- 1) Compte tenu de la situation politique à Berlin, dont sont conscientes toutes les Parties, un maximum de quatre personnes des forces belges, canadiennes et néerlandaises stationnées en République fédérale d'Allemagne, de leurs éléments civils, de leurs membres et de leurs personnes à charge pourront, après en avoir informé les autorités allemandes, séjourner ensemble à Berlin pour des activités officielles; une autorisation des autorités allemandes sera requise si plus de quatre personnes séjournent ensemble à Berlin.
- 2) Un consentement ne sera pas requis pour les activités privées de tout membre des forces (en civil), des éléments civils ou de leurs personnes à charge.
- 3) Le port d'armes sera interdit.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette note, cette note et les notes de réponse exprimant l'accord de vos gouvernements constitueront un accord entre les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas qui entrera en vigueur après l'accomplissement des procédures constitutionnelles éventuelle-

derlicher verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Kraft tritt. Jede Regierung unterrichtet die anderen über die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.

Der englische und französische Wortlaut dieser Note sind beigelegt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

requirements. Each Government shall notify the other Governments of the completion of its constitutional requirements.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

ment requises. Chaque gouvernement informera les autres de l'accomplissement de ses procédures constitutionnelles.

Les textes anglais et français de cette note sont joints, tous trois faisant également foi.

Veuillez agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

S. E.
dem Botschafter
des Königreichs Belgien

S. E.
dem Botschafter
Kanadas

S. E.
dem Botschafter
des Königreichs der Niederlande
Bonn

To
H. E.
the Ambassador
of the Kingdom of Belgium

H. E.
the Ambassador
of Canada

H. E.
the Ambassador
of the Kingdom of the Netherlands
Bonn

S. E.
l'Ambassadeur
du Royaume de Belgique

S. E.
l'Ambassadeur
du Canada

S. E.
l'Ambassadeur
du Royaume des Pays-Bas
Bonn

Notenwechsel
vom 25. September 1990
zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften
der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika
in Berlin

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25. September 1990

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die kürzlich zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geführten Gespräche Bezug zu nehmen. Diese Gespräche fanden im Anschluß an das Ersuchen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland um den Verbleib von Streitkräften der anderen drei Staaten in Berlin statt. Der Aufenthalt dieser Streitkräfte wird die fortdauernde Solidarität der anderen drei Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere mit der Stadt Berlin und ihren Einwohnern zum Ausdruck bringen, indem er einen Beitrag zur Sicherheit Berlins leistet. Ich beehre mich daher, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland vereinbaren für einen begrenzten Zeitraum den Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin.
2. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte dürfen sich auf dem jeweiligen Stand (Personal und militärische Ausrüstung) vom 12. September 1990 in Berlin aufhalten.
3. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in Berlin oder auf dem Weg zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein haben die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in diesen Ländern gewährt wird.

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25 September 1990

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place recently between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America. These discussions took place following the request by the Government of the Federal Republic of Germany that armed forces of the other three States should remain in Berlin. The presence of these forces will demonstrate the continued solidarity of the other three States with the Federal Republic of Germany and especially with the city of Berlin and its inhabitants in contributing to the security of Berlin. I accordingly have the honour to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany the following:

1. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the presence, for a limited period, of forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in Berlin.
2. The French, United Kingdom and United States forces may be present in Berlin up to their respective levels (personnel and military equipment) in effect on 12 September 1990.
3. The French, United Kingdom and United States forces, their civilian components, their members and dependents in Berlin or moving between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein, shall enjoy the same status as that accorded to them in those Länder.

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 25 septembre 1990

Excellences,

J'ai l'honneur de me référer aux conversations qui ont eu lieu récemment entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. Ces conversations ont eu lieu à la suite de la demande du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que des forces armées des trois autres Etats demeurent à Berlin. La présence de ces forces témoignera du maintien de la solidarité des trois autres Etats avec la République fédérale d'Allemagne et, en particulier, avec la ville de Berlin et ses habitants, en contribuant à la sécurité de Berlin. En conséquence, j'ai l'honneur, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de proposer ce qui suit:

1. La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République française et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord donnent leur accord à la présence à Berlin, pour une période limitée, de forces des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.
2. Les forces américaines, françaises et britanniques pourront être présentes à Berlin jusqu'à leurs niveaux effectifs (en effectifs et en armements) effectivement atteints au 12 septembre 1990.
3. Les forces américaines, françaises et britanniques, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge à Berlin ou se déplaçant entre Berlin et les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein, bénéficieront du même statut que celui qui leur est accordé dans ces Länder.

4. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften in Berlin in Übereinstimmung mit den einschlägigen deutschen Rechtsvorschriften die fortdauernde und kostenlose Verfügbarkeit von Einrichtungen und Liegenschaften, die zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlich sind. Einrichtungen und Liegenschaften, die bisher genutzt wurden, jedoch nicht länger für die Erfüllung dieses Auftrags erforderlich sind, werden so bald wie möglich an die deutschen Behörden zurückgegeben.
5. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin stimmen alle Tätigkeiten eng mit den zuständigen deutschen Behörden ab, wobei Übereinstimmung darüber besteht, daß die Hauptverantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit Berlins bei deutschen Behörden liegt. Zu diesem Zweck treffen sie für Verbindungsmaßnahmen geeignete Absprachen.
6. Die Bundesrepublik Deutschland stellt Einrichtungen für die Ausbildung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen nach Maßgabe der jeweiligen nationalen Ausbildungsnormen und der in Anlage 1 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätze zur Verfügung.
7. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrags entstehenden Kosten in Übereinstimmung mit den in Anlage 2 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätzen sowie aufgrund späterer zwischen den betroffenen Vertragsparteien gegebenenfalls zu treffender Vereinbarung.
8. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet und erleichtert Luftbewegungen nach und von Berlin und Landbewegungen zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein durch amerikanische, britische und französische Streitkräfte.
9. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland kommen überein, so bald wie möglich etwaige ergänzende Abmachungen auszuarbeiten, die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlich sind.
10. Diese Vereinbarung kann auf Antrag einer Vertragspartei nach Ablauf von zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten jederzeit von den Vertragsparteien zu dem Zweck überprüft werden, Einvernehmen über Änderungen zu erzielen.
4. The Federal Republic of Germany shall guarantee to the French, United Kingdom and United States forces in Berlin in accordance with the relevant German legislation the continued availability at no cost of facilities and accommodation which are necessary for the fulfilment of their mission. Facilities and accommodation used until now, but no longer necessary for the fulfilment of this mission, shall be released to the German authorities as soon as possible.
5. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall closely coordinate all activities with the competent German authorities on the understanding that primary responsibility for ensuring the security of Berlin rests with German authorities. For this purpose, they shall establish appropriate liaison arrangements.
6. The Federal Republic of Germany shall provide facilities for the training of the French, United Kingdom and United States forces in accordance with respective national training standards and with the principles in Annex 1 to this Agreement.
7. The Federal Republic of Germany shall provide for costs of the French, United Kingdom and United States forces related to the fulfilment of their mission, in accordance with the principles in Annex 2 to this Agreement and as may subsequently be agreed between the Parties concerned.
8. The Federal Republic of Germany shall guarantee and facilitate air movements to and from Berlin and surface movements between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein by French, United Kingdom and United States forces.
9. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to develop, as soon as possible, any additional arrangements that may be needed to carry out the provisions of this Agreement.
10. This Agreement may be reviewed by the Parties thereto at the request of any Party for the purpose of reaching agreement on modification or amendment at any time after an initial period of twelve months after its entry into force.
4. La République fédérale d'Allemagne garantira aux forces américaines, françaises et britanniques à Berlin, conformément à la législation allemande correspondante, le maintien de la disposition à titre gratuit des installations et immeubles nécessaires à l'accomplissement de leur mission. Les installations et immeubles utilisés jusqu'à présent, et qui ne sont plus nécessaires à l'accomplissement de cette mission, seront restitués aux autorités allemandes dès que possible.
5. Les forces américaines, françaises et britanniques à Berlin coordonneront étroitement toutes leurs activités avec les autorités allemandes compétentes, étant entendu que la responsabilité première de la sécurité à Berlin incombe aux autorités allemandes. A cette fin, elles établiront par accord les liaisons appropriées.
6. La République fédérale d'Allemagne fournira des installations pour l'entraînement des forces américaines, françaises et britanniques conformément aux normes nationales d'entraînement respectives et aux principes figurant à l'Annexe 1 du présent accord.
7. La République fédérale d'Allemagne prendra à sa charge les coûts résultant de l'accomplissement des missions des forces américaines, françaises et britanniques, conformément aux principes figurant à l'Annexe 2 du présent accord et aux conditions qui pourraient ultérieurement être convenues entre les Parties concernées.
8. La République fédérale d'Allemagne garantira et facilitera les mouvements aériens à destination et en provenance de Berlin et les mouvements terrestres entre Berlin et les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein, des forces américaines, françaises et britanniques.
9. La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République française et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord conviennent d'établir, dès que possible, tous arrangements supplémentaires qui pourraient être nécessaires à l'exécution des dispositions du présent accord.
10. Le présent accord pourra être révisé à tout moment par les Parties, à la demande de l'une quelconque d'entre elles, aux fins de modification ou d'amendement, après une période initiale de douze mois, à compter de son entrée en vigueur.

11. Diese Vereinbarung kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Anzeige an die anderen Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten beendet werden.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note einschließlich ihrer Anlagen und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Kraft tritt, wenn die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Jede Regierung unterrichtet die anderen über die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note und ihrer Anlagen sind beigelegt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. E.
dem Botschafter der
Französischen Republik

S. E.
dem Botschafter der
Vereinigten Staaten von Amerika

S. E.
dem Botschafter des Vereinigten
Königreichs Großbritannien und Nordirland
Bonn

11. This Agreement may be terminated upon twelve months' written notice by any Party to the other Parties.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note, including its Annexes, and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. Each Government shall notify the others of the completion of its constitutional requirements.

The English and French texts of this Note and its Annexes are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

H. E.
The Ambassador of the French Republic

H. E.
The Ambassador of the United States
of America

H. E.
The Ambassador of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland
Bonn

11. Il pourra être mis fin au présent accord douze mois après notification écrite de l'une quelconque des Parties aux autres Parties.

Si les Gouvernements de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord acceptent le contenu de cette lettre, cette lettre et ses annexes, et les lettres de réponse, exprimant l'agrément de vos gouvernements, constitueront un accord entre nos gouvernements qui entrera en vigueur, à la suite de l'accomplissement des formalités constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites cesseront d'avoir effet. Chaque gouvernement notifiera aux autres l'accomplissement de ses formalités constitutionnelles.

Les textes anglais et français de la présente lettre et ses annexes sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

S. E.
l'Ambassadeur de la République française

S. E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de
Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Bonn

Anlage 1

Grundsätze für die Ausbildung

1. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin betreiben und unterhalten auch weiterhin die Ausbildungseinrichtungen, für die sie am 12. September 1990 verantwortlich waren. Darüber hinaus haben sie vorbehaltlich der Nummer 4 dieser Anlage auch weiterhin das Recht, Übungsgelände in Berlin zu nutzen, die ihnen am 12. September 1990 zur Verfügung standen.
2. Einzelausbildung und Ausbildung von Verbänden bis zur Größe eines verstärkten Bataillons werden auch weiterhin unter Nutzung der bestehenden Ausbildungseinrichtungen und Übungsgelände innerhalb Berlins durchgeführt.
3. Der künftige Bedarf an Übungsgelände richtet sich nach der Größe und Zusammensetzung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin.
4. Jede Verringerung der Ausbildung amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Berlin nach Zeit, Ort und Art erfolgt durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den Behörden der betroffenen Streitkräfte und den zuständigen deutschen Behörden.
5. Die zuständigen deutschen Behörden erleichtern die Nutzung von Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgeländen durch die in Berlin stationierten Truppen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs. Deren Eignung wird durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs festgelegt.
6. Fallen durch die Nutzung erforderlicher Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgelände zusätzliche Kosten an, so stellen die zuständigen deutschen Behörden gemäß den Grundsätzen für die Finanzierung in Anlage 2 dieser Vereinbarung ausreichende Mittel zur Verfügung, um diese den Streitkräften Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Berlin entstehenden Kosten auszugleichen.

Anlage 2

Grundsätze für die Finanzierung

1. Die Bundesrepublik Deutschland trägt weiterhin die Kosten für dieselben Ausgabenkategorien wie bisher, wobei die Höhe der Finanzierung in dem erforderlichen Umfang anzupassen ist, um der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaigen Reduzierungen der Truppenstärke und bei den zivilen Beschäftigten Rechnung zu tragen.

Annex 1

Principles for Training

1. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall continue to control and maintain training facilities for which they were responsible on 12 September 1990. In addition, they shall, subject to paragraph 4 of this Annex, continue to enjoy the use of training areas in Berlin which were available to them on 12 September 1990.
2. Individual training and collective training up to and including battalion task force/battalion group level shall continue to be accomplished utilising the existing training facilities and areas inside Berlin.
3. The future training area requirements shall take into account the size and composition of the French, United Kingdom and United States forces in Berlin.
4. Any reductions in the times, places and types of training in Berlin for French, United Kingdom and United States forces shall be effected by bilateral agreement between authorities of the respective forces and the competent German authorities.
5. The competent German authorities shall facilitate the use of replacement training facilities and areas by the forces of France, the United Kingdom and the United States stationed in Berlin. Their suitability shall be determined by bilateral agreement between the competent German authorities and the authorities of the forces of France, the United Kingdom and the United States respectively.
6. Should the use of required replacement training facilities and areas involve additional costs, the competent German authorities shall provide sufficient funds to offset such costs to the forces of France, the United Kingdom and the United States in Berlin in accordance with the Principles for Funding in Annex 2 to this Agreement.

Annex 2

Principles for Funding

1. The Federal Republic of Germany shall continue to pay for the same categories of expenditure as at present, the funding to be adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities, and of any reductions in force levels and civilian employees.

Annexe 1

Principes concernant l'entraînement

1. Les forces américaines, françaises et britanniques à Berlin continueront à contrôler et entretenir les installations d'entraînement dont elles étaient responsables à la date du 12 septembre 1990. De plus, elles continueront à bénéficier de l'usage des zones d'entraînement à Berlin, qui se trouvaient à leur disposition, à la date du 12 septembre 1990, conformément aux dispositions du paragraphe 4 de la présente annexe.
2. L'instruction individuelle et l'entraînement collectif, jusqu'au niveau du groupement d'intervention compris, continueront d'être effectués en utilisant les installations et zones d'entraînement existantes à Berlin.
3. A l'avenir, les besoins en matière de zones d'entraînement prendront en considération la taille et la composition des forces américaines, françaises et britanniques à Berlin.
4. Toutes réductions de durée, de lieu et de types d'entraînement à Berlin des forces américaines, françaises et britanniques seront effectuées par accord bilatéral entre les autorités des forces respectives et les autorités allemandes compétentes.
5. Les autorités allemandes compétentes faciliteront l'utilisation par les forces américaines, françaises et britanniques stationnées à Berlin, d'installations ou de zones d'entraînement de substitution. Leur adéquation sera déterminée par accord bilatéral entre les autorités allemandes compétentes et, respectivement, les autorités des forces américaines, françaises et britanniques.
6. Au cas où des coûts supplémentaires résulteraient de l'utilisation nécessaire d'installations et zones d'entraînement de substitution, les autorités allemandes compétentes fourniront des moyens suffisants pour compenser de tels coûts auprès des forces américaines, françaises et britanniques à Berlin, conformément aux principes de financement définis dans l'Annexe 2 du présent accord.

Annexe 2

Principes financiers

1. La République fédérale d'Allemagne continuera à prendre en charge les mêmes catégories de dépenses qu'actuellement, le financement étant adapté de manière appropriée pour tenir compte de la fin des droits et responsabilités quadripartites et de toute réduction du niveau des forces et des employés civils.

2. Der Finanzbedarf der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland („die drei Staaten“) wird jährlich auf zweiseitiger Grundlage ermittelt und die Finanzierung durch die Bundesrepublik Deutschland nach Abschluß ihrer haushaltsrechtlichen Verfahren bestätigt. Die drei Staaten erklären sich damit einverstanden, ihren Bedarf erforderlichenfalls näher zu erläutern. Sie veranschlagen ihre Kosten im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Normen auf dem niedrigsten Niveau, das mit dem Auftrag ihrer Streitkräfte vereinbar ist. Im übrigen werden die bisherigen Verfahrensgrundsätze für die Aufstellung und Durchführung des Haushalts angewandt. Die Ausgaben unterliegen der Rechnungsprüfung im Einklang mit den jeweiligen nationalen Normen. Die drei Staaten berücksichtigen in angemessener Weise die Erfordernisse des Bundesrechnungshofs, die ihnen durch die einschlägigen Kanäle übermittelt werden.
3. Die Ausgaben für einzelne Einrichtungen, die mit den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang stehen, darunter auch die Missionen der drei Staaten, werden über vereinbarte Abwicklungszeiträume bis spätestens 31. Dezember 1991 schrittweise abgebaut.
4. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Kosten für die Auflösung der Einrichtungen der drei Staaten, deren Aufgaben erlöschen, sowie für die Fortführung etwaiger auf Wunsch der Bundesrepublik Deutschland durchzuführender Aufgaben. Hierfür gelten gesonderte Abmachungen.
5. Während der unter Nummer 3 dieser Anlage genannten Abwicklungszeiträume gewährleistet die Bundesrepublik Deutschland die fortgesetzte und kostenlose Verfügbarkeit von Sachen, die bisher mit der Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang standen.
6. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß während der Abwicklungszeiträume die derzeit gültigen Berliner Tarifvertragsregelungen für diejenigen Beschäftigten fortgelten, für die sie auch bisher gegolten haben. Beschäftigte, die nicht unter den Berliner Tarifvertrag fallen und ihren Arbeitsplatz verlieren, werden möglichst wohlwollend behandelt.
7. Über ihre regelmäßigen Überprüfungen hinaus sind die drei Staaten bereit, in Einzelfällen zu prüfen, ob ihr Bedarf an bestimmten Liegenschaften fortbesteht, an denen die deutsche Seite ein besonderes Interesse hat. Dies gilt insbesondere für die Zeiträume, während deren Einrichtungen aufgelöst werden.
2. The expenditure requirements of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America (“the three States”) shall be established annually on a bilateral basis and the funding confirmed by the Federal Republic of Germany following completion of its budgetary procedures. The three States accept that their requirements may need to be presented in greater detail. They shall estimate their costs, in accordance with their national standards, at the lowest level consistent with the mission of their forces. The agreed principles of budgetary management shall otherwise be applied. Expenditure shall be audited according to national standards. The three States shall as appropriate take into consideration the requirements of the Bundesrechnungshof (the Federal Audit Agency), as communicated through the relevant channels.
3. Expenditure on individual institutions associated with Quadripartite rights and responsibilities, including the missions of the three States, shall be phased out over agreed transitional periods by no later than 31 December 1991.
4. The Federal Republic of Germany shall bear the costs of dissolving the institutions of the three States whose functions cease to exist, and for the continuation of any functions requested by the Federal Republic of Germany. Separate arrangements shall apply for the latter.
5. During the transitional periods referred to in paragraph 3, the Federal Republic of Germany guarantees the continued availability at no cost of property hitherto associated with the exercise of Quadripartite rights and responsibilities.
6. The Federal Republic of Germany accepts that during the transitional periods the present Berlin Tariff Agreement arrangements shall continue for those employees to whom they apply at present. Non-Berlin Tariff Agreement employees who are made redundant shall be treated as sympathetically as possible.
7. The three States are prepared in individual cases to examine, in addition to their regular reviews, their requirements for properties in which the German side has a particular interest. This applies especially in the periods during which institutions are being dissolved.
2. Les demandes de dépenses de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique («les trois Etats») seront établies annuellement sur une base bilatérale et le financement assuré par la République fédérale d'Allemagne après accomplissement de sa procédure budgétaire. Les trois Etats acceptent que leurs demandes puissent devoir être présentées de manière plus détaillée. Ils évalueront leurs frais, conformément à leurs normes nationales, au niveau le plus bas compatible avec l'accomplissement de la mission de leurs forces. En outre, les principes agréés de gestion budgétaire seront appliqués. Les dépenses seront vérifiées conformément aux normes nationales. Les trois Etats prendront en considération de manière appropriée les demandes du Bundesrechnungshof (la Cour fédérale des comptes), telles qu'elles seront transmises par les canaux appropriés.
3. Les dépenses afférentes à des institutions particulières liées aux droits et responsabilités quadripartites, y compris aux missions des trois Etats, seront supprimées au cours de périodes de transition agréées, au plus tard le 31 décembre 1991.
4. La République fédérale d'Allemagne prendra en charge les coûts de la dissolution des institutions des trois Etats dont les fonctions cesseront d'exister, et du maintien de toutes fonctions qui feraient l'objet d'une demande de la République fédérale d'Allemagne. Ce point fera l'objet d'arrangements séparés.
5. Pendant les périodes de transition, auxquelles il est fait référence au paragraphe 3, la République fédérale d'Allemagne garantira la disponibilité à titre gratuit des biens liés jusqu'à présent à l'exercice des droits et responsabilités quadripartites.
6. La République fédérale d'Allemagne accepte que pendant les périodes de transition, les dispositions de la convention collective de Berlin en vigueur continuent à s'appliquer aux employés auxquels elles s'appliquent actuellement. Les employés ne relevant pas de la convention collective de Berlin, dont l'emploi sera supprimé, seront traités avec le plus de compréhension possible.
7. Les trois Etats sont disposés, dans les cas particuliers, à examiner en sus de leurs révisions périodiques, leurs besoins concernant des immeubles revêtant un intérêt particulier pour la Partie allemande. Ceci s'applique en particulier aux périodes durant lesquelles des institutions seront dissoutes.

8. Die in zweiseitigen Beratungen bereits konsultierten Haushaltsansätze für 1991 werden unter Berücksichtigung der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaiger Truppenreduzierungen auf zweiseitiger Grundlage überprüft und, soweit erforderlich, angepaßt.
8. The 1991 estimates already consulted bilaterally, adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities and of any reductions in force levels, shall be reviewed on a bilateral basis.
8. Les prévisions budgétaires pour 1991 qui ont déjà fait l'objet de consultations bilatérales, seront révisées de manière appropriée pour tenir compte de la fin des droits et responsabilités quadripartites et de toute réduction du niveau des forces, et revus sur une base bilatérale.

Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

Agreement on the Settlement of Certain Matters relating to Berlin

Accord sur le règlement de certaines questions relatives à Berlin

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland („die drei Staaten“) –

handelnd auf der Grundlage ihrer langjährigen freundschaftlichen Verbundenheit,

in Würdigung ihres gemeinsamen Eintretens für die Freiheit und Einheit Berlins,

in Anbetracht des Umstands, daß mit Vollendung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit auch die Teilung Berlins endgültig beendet wird,

in Anerkennung der Tatsache, daß mit Abschluß des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland und mit Herstellung der deutschen Einheit die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin ihre Bedeutung verlieren und daß das vereinte Deutschland volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird,

in der Erwägung, daß es notwendig ist, hierfür in bestimmten Bereichen einschlägige Regelungen zu vereinbaren, welche die deutsche Souveränität in bezug auf Berlin nicht berühren,

im Hinblick auf die zwischen den vier Regierungen geschlossene Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Der Ausdruck „alliierte Behörden“, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

a) den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der drei Staaten, die Militärgouverneure der drei Staaten, die Streitkräfte der drei Staaten in Deutschland sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt oder – im Fall internationaler Organisationen und

The Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America (“the three States”),

Acting on the basis of their long-standing friendly relations;

Appreciating their shared commitment to the freedom and unity of Berlin;

Noting that the achievement of the unity of Germany in peace and freedom also means the definitive termination of the division of Berlin;

Recognizing that with the conclusion of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany and the establishment of German unity quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin lose their function and that the united Germany will have full sovereignty over its internal and external affairs;

Considering it necessary to agree in certain areas on relevant provisions, which do not affect German sovereignty in respect of Berlin;

Having regard to the Agreement concluded between the four Governments concerning the presence, for a limited period, of the forces of the three States in Berlin;

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The term “Allied Authorities” as used in this Agreement means:

(a) the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the three States, the Military Governors of the three States, the Armed Forces of the three States in Germany, and organizations and persons who have exercised authority on their behalf or, in the case of international or-

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française ainsi que du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés «les trois Etats»),

Agissant sur la base de leurs relations amicales de longue date,

Considérant leur engagement commun en faveur de la liberté et de l'unité de Berlin,

Notant que le parachèvement de l'unité de l'Allemagne dans la paix et la liberté signifie également qu'il est définitivement mis fin à la division de Berlin,

Reconnaissant qu'avec la conclusion du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne et avec l'établissement de l'unité allemande, les droits et responsabilités quadripartites concernant Berlin perdent leur fonction et que l'Allemagne unie jouira de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures,

Prenant en considération la nécessité de convenir dans certains domaines de dispositions appropriées qui n'affectent pas la souveraineté allemande en ce qui concerne Berlin et,

Tenant compte de l'Accord conclu entre les quatre Gouvernements, relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

(1) L'expression «Autorités Alliées», utilisée dans le présent Accord, désigne:

a) le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des trois Etats, les Gouverneurs Militaires des trois Etats, les Forces Armées des trois Etats en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes qui ont exercé une autorité en leur nom ou, dans le cas d'organisations internatio-

andere Staaten vertretender Organisationen (und der Mitglieder solcher Organisationen) – mit deren Ermächtigung gehandelt haben, sowie die Hilfsverbände anderer Staaten, die bei den Streitkräften der drei Staaten gedient haben;

- b) die Alliierte Kommandantur Berlin, die Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors von Berlin sowie Einrichtungen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt haben.

(2) Der Ausdruck „alliierte Streitkräfte“, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

- a) die in Absatz 1 bezeichneten alliierten Behörden, soweit sie in oder in bezug auf Berlin tätig waren;
- b) Angehörige der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin;
- c) nicht-deutsche Staatsangehörige, die in militärischer oder ziviler Eigenschaft bei den alliierten Behörden Dienst getan haben;
- d) Familienangehörige der unter den Buchstaben b und c aufgeführten Personen und nicht-deutsche Staatsangehörige, die im Dienst dieser Personen standen.

(3) Die amtlichen Texte der in diesem Übereinkommen erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(4) Soweit in diesem Übereinkommen auf das Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte Bezug genommen wird, ist dies als Bezugnahme auf die Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte oder, wenn keine Suspendierung erfolgt, das Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu verstehen.

Artikel 2

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

organizations and organizations representing other States (and the members of such organizations), who have acted with their authorization, and auxiliary contingents of other States who have served with the Armed Forces of the three States; and

- (b) the Allied Kommandatura Berlin, the commandants of the American, British and French Sectors of Berlin, as well as institutions and persons who have exercised authority on their behalf.

(2) The term “Allied Forces” as used in this Agreement means:

- (a) the Allied Authorities referred to in paragraph (1) in so far as they acted in or in respect of Berlin;
- (b) members of the American, British and French Armed Forces in Berlin;
- (c) non-German nationals who served with the Allied Authorities in a military or civil capacity; and
- (d) members of the families of, and non-German nationals who were in the service of, the persons referred to in subparagraphs (b) and (c).

(3) The official text or texts of legislation referred to in this Agreement shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

(4) Where in this Agreement there is a reference to quadripartite rights and responsibilities ceasing to have effect, this shall be construed as a reference to the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities or, if there is no such suspension, the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany.

Article 2

All rights and obligations created or established by or under legislative, judicial or administrative action of the Allied Authorities in or in respect of Berlin are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without discrimination to the same future legislative, judicial and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German law.

nales et d'organisations représentant d'autres Etats (et de membres de ces organisations), qui ont agi avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Etats qui ont servi auprès des Forces Armées des trois Etats; et

- b) la Kommandatura Interalliiée de Berlin, les Commandants des Secteurs américain, britannique et français de Berlin ainsi que les institutions et personnes ayant exercé une autorité en leur nom.

(2) L'expression «Forces Alliées», utilisée dans le présent Accord, désigne:

- a) les Autorités Alliées visées au paragraphe 1 du présent article, dans la mesure où elles ont exercé leurs activités à Berlin ou en ce qui concerne Berlin;
- b) les membres des Forces Armées américaines, britanniques et françaises à Berlin;
- c) les ressortissants non allemands qui ont été en service auprès des Autorités Alliées en tant que personnel militaire ou civil;
- d) les membres des familles des personnes mentionnées aux alinéas b) et c) du présent paragraphe et les ressortissants non allemands qui ont été au service desdites personnes.

(3) Le ou les textes officiels de la législation visée dans le présent Accord sont celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

(4) Chaque fois que dans le présent Accord il est fait référence à la cessation d'effet des droits et responsabilités quadripartites, cette référence doit être entendue comme une référence à la suspension de l'exercice des droits et responsabilités quadripartites ou, si cette suspension n'a pas lieu, comme une référence à l'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne.

Article 2

Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités Alliées à Berlin ou en ce qui concerne Berlin, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discriminations, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit allemand ou en vertu de ce droit.

Artikel 3

(1) Deutsche Gerichte und Behörden können im Rahmen der Zuständigkeiten, die sie nach deutschem Recht haben, in allen Verfahren tätig werden, die eine vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben, soweit in diesem Artikel nicht etwas anderes bestimmt wird.

(2) Eine Zuständigkeit deutscher Gerichte oder Behörden nach Absatz 1 besteht nicht für die folgenden Institutionen und Personen, auch wenn ihre dienstliche Tätigkeit beendet ist, und nicht in den nachstehend genannten Verfahren:

- a) die alliierten Behörden;
- b) Angehörige der alliierten Streitkräfte in nicht-strafrechtlichen Verfahren, die eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;
- c) Angehörige der alliierten Streitkräfte in strafrechtlichen Verfahren, es sei denn, der betreffende Staat stimmt der Einleitung des Verfahrens zu;
- d) Richter an den von den alliierten Behörden eingesetzten Gerichten in Berlin und andere Gerichtspersonen, die ihnen bisher in der Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit gleichgestellt waren, soweit sie in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben;
- e) Mitglieder der beim Kontrollrat zugelassenen Militärmissionen und Delegationen in Verfahren, die eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;
- f) Verfahren, für welche die Genehmigung abgelehnt wurde, die nach Gesetz Nr. 7 der Alliierten Kommandatura Berlin vom 17. März 1950 zur Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erforderlich war;
- g) andere Verfahren, die eine in Ausübung dienstlicher Tätigkeit für die alliierten Streitkräfte begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben.

(3) Wenn sich in einem Verfahren, auf das Absatz 2 Anwendung findet, die Frage erhebt, ob eine Person in Ausübung ihres Amtes oder ihrer dienstlichen Tätigkeit gehandelt hat, so sind Verfahren nur auf der Grundlage einer Bescheinigung des betreffenden Staates zulässig, daß die fragliche Handlung oder Unterlassung nicht in Ausübung des Amtes oder der dienstlichen Tätigkeit begangen wurde.

(4) Die deutschen Gerichte sind nach Maßgabe des deutschen Rechts für Streitigkeiten zuständig, die sich aus Arbeitsverträgen (einschließlich der damit zusammenhängenden Sozialversicherungsstreitigkeiten) oder Verträgen über Lieferungen und Leistungen ergeben, die vor Unwirksam-

Article 3

(1) German courts or authorities may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of any proceedings relating to an act or omission which occurred in or in respect of Berlin before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect, unless otherwise stipulated in this Article.

(2) German courts or authorities shall have no jurisdiction under paragraph (1) over the following institutions and persons, even if their official functions have ended, or in the following proceedings:

- (a) the Allied Authorities;
- (b) members of the Allied Forces in non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of their official functions;
- (c) members of the Allied Forces in criminal proceedings, unless the State concerned consents to the initiation of proceedings;
- (d) judges of the courts established by the Allied Authorities in Berlin and other court personnel who were similarly exempt from German jurisdiction, in so far as they acted in the exercise of their official duties;
- (e) members of the Military Missions and Delegations accredited to the Control Council in proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of their official functions;
- (f) proceedings for which the authorization required under Law No. 7 of the Allied Kommandatura Berlin of 17 March 1950 for the exercise of German jurisdiction was denied;
- (g) other proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of official functions for the Allied Forces.

(3) Whenever in any proceedings to which paragraph (2) applies a question arises whether or not a person has acted in the exercise of his official duties or functions, proceedings shall be permitted only on the basis of certification by the State concerned that the act or omission in question did not occur in the exercise of his official duties or functions.

(4) The German courts shall, in accordance with German law, have jurisdiction over disputes arising from employment contracts (including social security disputes relating thereto), or arising from contracts for the supply of goods or services, concluded before quadripartite rights and respon-

Article 3

(1) Les tribunaux allemands ou autorités allemandes pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand en ce qui concerne toute instance relative à un acte ou une omission intervenu à Berlin ou en ce qui concerne Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet, à moins que le présent article n'en dispose autrement.

(2) Les tribunaux allemands ou autorités allemandes n'auront pas compétence en vertu du paragraphe 1, à l'égard des institutions ou personnes mentionnées ci-dessous, même si leurs fonctions officielles ont pris fin, ainsi qu'en ce qui concerne les instances suivantes:

- a) les Autorités Alliées,
- b) les membres des Forces Alliées, dans les instances non pénales relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice des fonctions officielles des intéressés,
- c) les membres des Forces Alliées, dans les instances pénales à moins que l'Etat intéressé consente à l'introduction de la procédure,
- d) les juges des tribunaux institués par les Autorités Alliées à Berlin et les autres personnels de ces tribunaux qui bénéficiaient également de l'exemption de la juridiction allemande, dans la mesure où ils ont agi dans l'exercice de leurs devoirs officiels,
- e) les membres des Missions Militaires et des Délégations accréditées auprès du Conseil de Contrôle, dans les instances relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice de leurs fonctions officielles,
- f) les instances pour lesquelles l'autorisation requise en vertu de la Loi n° 7 de la Kommandatura Interalliée de Berlin, en date du 17 mars 1950, pour l'exercice de la compétence allemande a été refusée,
- g) les autres instances relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice de fonctions officielles pour le compte des Forces Alliées.

(3) Si, dans une instance à laquelle s'applique le paragraphe 2 du présent article, la question se pose de savoir si une personne a ou non agi dans l'exercice de ses devoirs ou fonctions officiels, la procédure ne sera autorisée que sur la base d'un certificat de l'Etat concerné attestant que l'acte ou l'omission en cause n'est pas intervenu dans l'exercice des devoirs ou fonctions officiels.

(4) Les tribunaux allemands auront, conformément au droit allemand, compétence pour connaître des différends découlant de contrats de travail, y compris les différends en matière de sécurité sociale qui s'y rattachent, ou des différends découlant de contrats de fournitures de marchandises

werden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte geschlossen worden sind. Klagen gegen die Behörden der drei Staaten sind gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten. Klagen dieser Behörden werden von der Bundesrepublik Deutschland erhoben.

Artikel 4

Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch eine derselben eingesetzten Gericht oder gerichtlichen Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.

Artikel 5

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird keinerlei Ansprüche gegen die drei Staaten oder einen von ihnen oder gegen Institutionen oder Personen, soweit diese im Namen oder im Auftrag der drei Staaten oder eines von ihnen tätig waren, geltend machen wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche die drei Staaten oder einer von ihnen oder diese Institutionen oder Personen vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangen haben.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erkennt an, daß vorbehaltlich des Artikels 3 die in Absatz 1 bezeichneten Ansprüche von ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen nicht geltend gemacht werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche für Besatzungsschäden, die vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin entstanden sind und für die nach den Bestimmungen der Verordnung Nr. 508 der Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors vom 21. Mai 1951 in ihrer durch spätere Verordnungen und Ausführungsbestimmungen geänderten Fassung Entschädigung zu leisten wäre, und für die Befriedigung dieser Ansprüche, soweit sie nicht bereits geregelt sind. Die Bundesrepublik Deutschland wird bestimmen, welche weiteren der in Absatz 2 genannten und in oder in bezug auf Berlin entstandenen Ansprüche zu befriedigen angemessen ist, und wird die zur Bestimmung und Befriedigung dieser Ansprüche erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 6

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 werden Fragen des beweglichen und unbe-

sibilities ceased to have effect. Actions against the authorities of the three States shall be brought against the Federal Republic of Germany. Actions by such authorities shall be instituted by the Federal Republic of Germany.

Article 4

All judgments and decisions rendered in or in respect of Berlin by any tribunal or judicial body established by the Allied Authorities or any of them before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect shall remain final and valid for all purposes under German law and shall be treated by German courts and authorities as judgments and decisions rendered by German courts and authorities.

Article 5

(1) The Federal Republic of Germany shall not assert against the three States or any one of them, or against institutions or persons in so far as they acted on behalf of or under the authority of the three States or any of them, claims of any kind arising out of acts or omissions in or in respect of Berlin of the three States or any one of them, or such institutions or persons, which occurred before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect.

(2) The Federal Republic of Germany recognizes that, subject to Article 3 of this Agreement, claims described in paragraph (1) shall not be asserted by persons subject to its jurisdiction.

(3) The Federal Republic of Germany assumes responsibility for the decision and satisfaction of claims for compensation for occupation damages sustained in or in respect of Berlin before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect and for which compensation would have been payable under the provisions of Ordinance No. 508 issued by the Commandants of the American, British and French Sectors on 21 May 1951, as amended and implemented by subsequent Ordinances and Regulations, in so far as such claims have not already been settled. The Federal Republic of Germany will determine which of the other claims referred to in paragraph (2), in so far as they arose in or in respect of Berlin, should appropriately be satisfied and will take such measures as are necessary for the determination and satisfaction of such claims.

Article 6

(1) Subject to paragraphs (2) and (3), questions of movable and immovable prop-

ou de services, conclus avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet. Les actions contre les autorités des trois Etats seront dirigées contre la République fédérale d'Allemagne. Les actions intentées par lesdites autorités seront intentées par la République fédérale d'Allemagne.

Article 4

Tous les jugements et décisions qui ont été rendus à Berlin ou en ce qui concerne Berlin par un tribunal ou par un organe judiciaire institués par les Autorités Alliées ou l'une d'entre elles, avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand et seront traités par les tribunaux allemands et les autorités allemandes comme des jugements et des décisions rendus par des tribunaux allemands et des autorités allemandes.

Article 5

(1) La République fédérale d'Allemagne ne présentera pas contre les trois Etats ou l'un d'entre eux, ou contre des institutions ou personnes dans la mesure où celles-ci ont agi en leur nom ou sous leur autorité, de réclamations fondées sur des actes ou omissions des trois Etats ou de l'un d'entre eux, ou de ces institutions ou personnes, intervenus à Berlin ou en ce qui concerne Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet.

(2) La République fédérale d'Allemagne reconnaît que, sous réserve de l'article 3 du présent Accord, des réclamations du type décrit au paragraphe 1 ne doivent pas être présentées par des personnes soumises à sa juridiction.

(3) La République fédérale d'Allemagne assume la responsabilité des décisions relatives aux demandes d'indemnisation pour les dommages d'occupation subis à Berlin ou en relation avec Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet et pour lesquels une indemnisation aurait pu être versée en vertu des dispositions de l'Ordonnance n° 508 édictée par les Commandants des Secteurs américain, britannique et français le 21 mai 1951, telle qu'amendée et complétée par les ordonnances et règlements d'application ultérieurs et, dans la mesure où ces réclamations n'ont pas déjà été réglées, de leur règlement. La République fédérale d'Allemagne déterminera lesquelles des autres réclamations mentionnées au paragraphe 2, dans la mesure où elles sont nées à Berlin ou en relation avec Berlin, il serait approprié de régler et elle prendra les mesures nécessaires afin de prévoir le principe de la décision et le règlement de ces réclamations.

Article 6

(1) Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article, les

weglichen Vermögens, die sich aus der Suspendierung oder Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Berlin ergeben, im Rahmen der Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin, einschließlich ihrer Anlagen, behandelt.

(2) Am Ende der in Anlage 2 der genannten Vereinbarung vorgesehenen Abwicklungszeiträume haben die drei Staaten die Gelegenheit, das Vermögen weiterhin zu nutzen, soweit es von ihren diplomatischen und konsularischen Vertretungen benötigt wird, falls angemessene Regelungen (Miete, Tausch oder Kauf) vereinbart werden können.

(3) Im Einklang mit geltenden Verfahren wird bewegliches Vermögen, das nicht mehr für die in der genannten Vereinbarung, einschließlich ihrer Anlagen, bezeichneten Zwecke benötigt wird und das der betreffende Staat nicht kaufen, tauschen oder mieten möchte, an die zuständige deutsche Behörde zurückgegeben.

Artikel 7

(1) Soweit es für den Abschluß von Verfahren, die bei Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bei dem „Tribunal français de simple police de Berlin“ anhängig sind, notwendig ist, übt es seine Gerichtsbarkeit nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften aus. Das „Tribunal français de Berlin“ übt seine Gerichtsbarkeit in Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen des „Tribunal français de simple police de Berlin“ aus.

(2) Die in Absatz 1 genannte Gerichtsbarkeit endet im Fall des „Tribunal français de simple police de Berlin“ sechs Monate und im Fall des „Tribunal français de Berlin“ zehn Monate nach Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte.

(3) Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d und Artikel 4 dieses Übereinkommens finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 8

Jede Vertragspartei kann jederzeit um Konsultationen zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ersuchen. Die Konsultationen beginnen innerhalb von 30 Tagen, nachdem den anderen Vertragsparteien das Ersuchen notifiziert worden ist.

Artikel 9

Jede Vertragspartei kann um eine Überprüfung dieses Übereinkommens ersuchen. Die Gespräche beginnen innerhalb von drei Monaten, nachdem den anderen Vertragsparteien das Ersuchen notifiziert worden ist.

Artikel 10

Ungeachtet des Artikels 11 kommen die Unterzeichnerregierungen überein, dieses

erty arising from the suspension of the operation, or termination, of quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin shall be dealt with in the context of the Agreement concerning the presence, for a limited period, of forces of the three States in Berlin, including its Annexes.

(2) At the end of the transitional periods provided for in Annex 2 of the said Agreement, the three States shall have the opportunity to continue to use such property as may be needed by their diplomatic and consular establishments, if appropriate arrangements (rental, exchange of property or purchase) can be agreed.

(3) In accordance with established procedures, if movable property is no longer needed for the purposes set out in the said Agreement including its Annexes, and if the State concerned does not wish to purchase, exchange or rent it, such property shall be returned to the competent German authority.

Article 7

(1) To the extent necessary to conclude any business pending before it when quadripartite rights and responsibilities cease to have effect, the „Tribunal français de simple police de Berlin“ shall exercise its jurisdiction pursuant to the legal provisions heretofore in force. The „Tribunal français de Berlin“ shall exercise jurisdiction over appeals against decisions of the „Tribunal français de simple police de Berlin“.

(2) The jurisdiction referred to in paragraph 1 shall terminate in the case of the „Tribunal français de simple police de Berlin“ six months, and in the case of the „Tribunal français de Berlin“ ten months, after quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

(3) Article 3, paragraph (2) (d), and Article 4 of this Agreement shall apply correspondingly.

Article 8

Any Party may, at any time, request consultations among the Parties regarding the interpretation or application of this Agreement. Such consultations shall begin within 30 days from the notification of the request to the other Parties.

Article 9

Any Party may request a review of this Agreement. Discussions shall begin within three months from the notification of the request to the other Parties.

Article 10

Notwithstanding Article 11 of this Agreement the signatory Governments agree that

questions concernant les biens meubles et immeubles et issues de la suspension de l'exercice, ou de la cessation, des droits et responsabilités quadripartites relatifs à Berlin, seront traitées dans le cadre de l'Accord relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin et de ses annexes.

(2) A l'expiration des périodes transitoires visées à l'annexe 2 de l'Accord susmentionné, les trois Etats auront la possibilité de continuer à utiliser les biens dont peuvent avoir besoin leurs établissements diplomatiques et consulaires, si des arrangements appropriés (location, échange ou achat) peuvent être convenus.

(3) Conformément aux procédures établies, si des biens meubles ne sont plus nécessaires pour servir les objectifs décrits dans l'Accord susmentionné et ses annexes, et si l'Etat concerné ne désire pas les acheter, les échanger ou les louer, ils seront rendus à l'autorité allemande compétente.

Article 7

(1) Dans la mesure nécessaire pour mener à sa conclusion toute affaire pendante devant lui au moment où les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet, le „Tribunal français de simple police de Berlin“ exercera sa compétence conformément aux dispositions légales en vigueur jusqu'à ce moment. Le „Tribunal français de Berlin“ exercera sa compétence d'appel sur les décisions rendues par le „Tribunal français de simple police de Berlin“.

(2) La compétence mentionnée au paragraphe 1 du présent article prendra fin pour ce qui est du „Tribunal français de simple police de Berlin“, six mois, et pour ce qui est du „Tribunal français de Berlin“, dix mois après que les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet.

(3) L'article 3, paragraphe 2 d et l'article 4 du présent Accord s'appliqueront par analogie.

Article 8

Toute Partie contractante pourra à tout moment demander que des consultations aient lieu entre les Parties contractantes sur l'interprétation ou l'application du présent Accord. Les consultations commenceront dans un délai de trente jours à compter de la date de la notification de la demande aux autres Parties contractantes.

Article 9

Toute Partie contractante pourra demander une révision du présent Accord. Les discussions commenceront dans un délai de trois mois à compter de la notification de la demande aux autres Parties contractantes.

Article 10

Nonobstant l'article 11 du présent Accord les Gouvernements signataires convien-

Übereinkommen vom Zeitpunkt des Unwirksamwerdens der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

this Agreement shall be applied provisionally, until its entry into force, from the time when quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

nant que l'Accord sera appliqué provisoirement à partir du moment où les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet et jusqu'à son entrée en vigueur.

Artikel 11

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt. Diese Regierung teilt den anderen Unterzeichnerregierungen die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde mit.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen deutscher, englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt den anderen Unterzeichnerregierungen beglaubigte Abschriften.

Article 11

(1) This Agreement is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany. That Government shall inform the other signatory Governments of the deposit of each instrument of ratification, acceptance or approval.

(2) This Agreement shall enter into force on the date of deposit of the last instrument of ratification, acceptance or approval.

(3) The original of this Agreement, of which the English, French and German texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the other signatory Governments.

Article 11

(1) Le présent Accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Celui-ci informera les autres Gouvernements signataires du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur à la date du dépôt du dernier instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(3) L'original du présent Accord dont les textes allemand, anglais et français font également foi, est déposé auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui en transmettra aux autres Gouvernements signataires des copies certifiées conformes.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.
Geschehen zu Bonn am 25. September 1990

In witness whereof, the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.
Done at Bonn this twenty-fifth day of September 1990

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.
Fait à Bonn, le 25 septembre 1990

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Für die Regierung der Französischen Republik
For the Government of the French Republic
Pour le Gouvernement de la République française

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America
Pour le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Denkschrift

A. Übersicht

Im Zusammenhang mit der Herstellung der deutschen Einheit und im Hinblick auf die Suspendierung und spätere Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten mußten im Verhältnis zu den NATO-Partnern, die Streitkräfte in die Bundesrepublik Deutschland entsandt haben, Übereinkünfte über die Rechtsstellung der Streitkräfte in den neuen Bundesländern sowie im Verhältnis zu den ehemaligen „Drei Mächten“ über den befristeten Verbleib ihrer Streitkräfte in Berlin und die Rechtslage in Berlin für die Zeit nach dem Wegfall des bisher geltenden Besatzungsrechts getroffen werden.

Durch den Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut ist die Rechtsstellung der Streitkräfte der Entsendestaaten in den neuen Bundesländern geregelt worden. Bezugnehmend auf Nummer 4 Buchstabe c dieses Notenwechsels sind durch den Notenwechsel vom 23. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande Regelungen über Besuche der Streitkräfte dieser Staaten in Berlin getroffen worden.

Die Vereinbarung einer neuen Rechtsgrundlage für die bis zum 3. Oktober 1990 auf das Besatzungsrecht gestützte Anwesenheit von Streitkräften der drei Staaten in Berlin ist durch den Notenwechsel vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin erfolgt.

Schließlich sind Regelungen für den Übergang von der Anwendung des in Berlin bis zum 2. Oktober 1990 geltenden Besatzungsrechts zur Anwendung des Bundesrechts durch das Übereinkommen vom 25. September 1990 in bezug auf Berlin getroffen worden.

B. Die Übereinkünfte im einzelnen:

I. Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Vereinbarungen

1. Allgemeines

Der Notenwechsel regelt die Weitergeltung des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzvereinbarungen. Der räumliche Geltungsbereich dieser Verträge wird nicht auf die neuen Bundesländer und Berlin ausgedehnt. Der Notenwechsel entspricht insoweit Artikel 11 des Einigungsvertrages in Verbindung mit dessen Anlage I. Außerdem regelt er den Status der Streitkräfte verbündeter Entsendestaaten im bisherigen DDR-Gebiet und ferner die der belgischen, niederländischen und kanadischen Streitkräfte in Berlin.

2. Zu den einzelnen Vorschriften:

Die P r ä a m b e l führt die Abkommen auf, die Regelungsgegenstand des Notenwechsels sind, und erläutert die

Umstände, unter denen der Notenwechsel zustande gekommen ist.

N u m m e r 1 regelt den Grundsatz der Weitergeltung der genannten Verträge, ohne den derzeitigen räumlichen Geltungsbereich dieser Vereinbarungen auszudehnen.

N u m m e r 2 enthält die Feststellung, daß die Vertragsparteien derzeit die Stellung eines Überprüfungsantrages hinsichtlich des Zusatzabkommens im Lichte der Entwicklungen in Europa und Deutschland prüfen. Eine Überprüfung des Zusatzabkommens war angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bis zur Herstellung der deutschen Einheit nicht durchführbar. Sie ist für die Zeit danach vorgesehen.

N u m m e r 3 schreibt die Pflicht zur gebührenden Berücksichtigung der in Nummer 2 genannten Entwicklungen, insbesondere der Durchführung von Truppenreduzierungen und der Herstellung der Einheit Deutschlands, bei der Anwendung der in der Präambel genannten Verträge fest.

N u m m e r 4 regelt die Rechtsstellung der Streitkräfte verbündeter Entsendestaaten im Gebiet der bisherigen DDR und darüber hinaus den Status der belgischen, kanadischen und niederländischen Streitkräfte in Berlin. Dienstliche Tätigkeiten mit Ausnahme von Reisen nach und von Berlin seitens dieser Streitkräfte unterliegen der ausdrücklichen Zustimmung deutschen Behörden. Private Tätigkeiten von Einzelpersonen sind nicht zustimmungsbedürftig (Buchstabe a). Im übrigen haben sie die gleiche Rechtsstellung wie im alten Bundesgebiet (Buchstabe b), d. h. ihre Rechtsstellung richtet sich materiell nach den dort geltenden Bestimmungen. Dies gilt auch für die belgischen, niederländischen und kanadischen Streitkräfte in Berlin, für die Zusatzregelungen ausgearbeitet wurden. Meinungsverschiedenheiten über die praktische Anwendung dieser Nummer werden durch ein beratendes Gremium beigelegt (Buchstabe d). Ferner ist eine Überprüfungsmöglichkeit vorgesehen (Buchstabe e).

II. Notenwechsel vom 23. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande über Besuche der Streitkräfte dieser Staaten in Berlin

Bis zu vier Personen der belgischen, kanadischen und niederländischen Streitkräfte dürfen sich ohne ausdrückliche Genehmigung der deutschen Behörden zu dienstlichen Tätigkeiten in Berlin aufhalten. Bei gemeinsamem Aufenthalt von mehr als vier Personen ist eine Genehmigung der deutschen Behörden erforderlich. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden. Private Tätigkeiten ohne Uniform bedürfen keiner Genehmigung. Während vor der Herstellung der deutschen Einheit in Berlin (West) keine Genehmigungspflicht bestand, soll sich nun in ganz Berlin die Präsenz von Angehörigen der genannten Streitkräfte in dem durch die praktischen Bedürfnisse vorgegebenen überschaubaren Rahmen halten.

III. Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin

1. Allgemeines

Dieser Notenwechsel schafft die vertragliche Grundlage für den befristeten Verbleib von amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften in Berlin. Nach der Suspendierung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten bestand unmittelbarer Regelungsbedarf, da der vertragslose Zustand des Besatzungsregimes auf eine vertragliche Basis gestellt werden mußte, um ein rechtliches Vakuum zu vermeiden.

2. Zu den einzelnen Vorschriften:

Die Präambel erläutert die Umstände des Zustandekommens des Notenwechsels, insbesondere das deutsche Ersuchen um den Verbleib von Streitkräften der Alliierten in Berlin. Sie stellt überdies den Zweck des Aufenthalts klar, einen Beitrag zur Sicherheit Berlins zu leisten.

Nummer 1 statuiert die Vereinbarung über den zeitlich begrenzten Aufenthalt alliierter Streitkräfte in Berlin.

Nummer 2 legt die Stärke der alliierten Streitkräfte in Berlin fest.

Nummer 3 bestimmt die Rechtsstellung der verbündeten Streitkräfte in Berlin oder auf dem Weg zwischen Berlin und den alten Bundesländern. Diese haben den gleichen Status wie im alten Bundesgebiet, d. h. ihre Rechtsstellung richtet sich materiell nach den dort geltenden Bestimmungen.

Nummer 4 verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Gewährleistung der fortdauernden und kostenlosen Verfügbarkeit von Einrichtungen und Liegenschaften der Alliierten und statuiert eine Verpflichtung der Alliierten zur Rückgabe nicht länger zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlicher Einrichtungen und Liegenschaften.

Nummer 5 normiert eine Verpflichtung der Streitkräfte, alle Aktivitäten eng mit den zuständigen deutschen Behörden abzustimmen, wobei letzteren ausdrücklich die Hauptverantwortlichkeit für die Sicherheit Berlins zugeschrieben wird.

Nummer 6 behandelt in Verbindung mit Anlage 1 die Zurverfügungstellung von Einrichtungen zu Ausbildungs- und Übungszwecken. Die Grundsätze für die Ausbildung sind in Anlage 1 enthalten.

Nummer 7 beinhaltet den Grundsatz der Kostentragung durch die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Anlage 2.

Nummer 8 erlegt der Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung auf, für einen reibungslosen Luft- und Landverkehr der alliierten Streitkräfte zwischen Berlin und dem alten Bundesgebiet zu sorgen.

Nummer 9 ermöglicht die Vereinbarung weiterer ergänzender Abmachungen.

Nummer 10 enthält eine Möglichkeit zur Überprüfung nach Ablauf von zwölf Monaten nach dem Inkrafttreten des Notenwechsels (3. Oktober 1990).

Nummer 11 bestimmt die Möglichkeit zur Beendigung der Vereinbarung durch jede Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten.

IV. Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

1. Allgemeines

Zum Zeitpunkt der Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika („Drei Staaten“) in Berlin am 3. Oktober 1990 waren neben den Rechtsgrundlagen der Stationierung allgemeine Rechtsfragen zu klären. Dies ist durch das „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin“ geschehen.

Das Übereinkommen knüpft an die Erfahrungen aus dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23. Oktober 1954 (Überleitungsvertrag) an, mit dem 1955 der Übergang vom Besatzungsrecht zum Bundesrecht in der Bundesrepublik Deutschland geregelt worden war.

Der Inhalt des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin befindet sich mit den fortgeltenden Bestimmungen des Überleitungsvertrags im Einklang.

Wegen der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Ausgangslage mußte das Übereinkommen allerdings neue Schwerpunkte setzen und anders gefaßt werden. Eine einfache Überleitung der im übrigen ursprünglichen Bundesgebiet geltenden Bestimmungen von 1952/54 nach Berlin war nicht möglich.

Das Übereinkommen enthält grundsätzliche Regelungen zum Schutz der Rechtssicherheit in Berlin, indem es Schranken gegen rückwirkende Eingriffe in die noch von den drei Staaten bestimmten Rechtsverhältnisse setzt. Darüber hinaus regelt es die Behandlung von Gegenständen, die nicht mehr der besatzungsrechtlichen Nutzung unterliegen.

2. Zu den einzelnen Vorschriften:

Die Präambel beschreibt die Notwendigkeit des Übereinkommens für die Regelung von Rechtsfragen bei der Suspendierung und späteren Aufhebung der besonderen Rechte und Verantwortlichkeiten der drei Staaten in bezug auf Berlin und würdigt das gemeinsame Eintreten für die Freiheit und Einheit der Stadt auf der Grundlage der langjährigen freundschaftlichen Verbundenheit.

Artikel 1 enthält Definitionen der im Übereinkommen verwendeten Begriffe „Alliierte Behörden“ und „Alliierte Streitkräfte“.

Artikel 2 regelt den Fortbestand von Rechten und Verpflichtungen, die durch alliierte Maßnahmen begründet und festgestellt worden sind und unterwirft sie für die Zukunft dem deutschen Recht.

Artikel 3 stellt die grundsätzliche Zuständigkeit deutscher Behörden und Gerichte für Handlungen und Unterlassungen fest, die vor dem 3. Oktober 1990 stattfanden, aber erst danach zum Gegenstand von behördlichen oder gerichtlichen Verfahren wurden und führt die Ausnahmen auf, in denen die Zuständigkeit deutscher Behörden und Gerichte für vor dem 3. Oktober liegende Sachverhalte ausgeschlossen ist.

Artikel 4 regelt die Rechtskraft alliierter Urteile und Entscheidungen und unterwirft sie für die Zukunft dem deutschen Prozeßrecht.

Artikel 5 stellt die drei Staaten sowie Institutionen und Personen, die in ihrem Namen oder Auftrag gehandelt haben, weiterhin von der Haftung für Ansprüche aus der Zeit vor dem 3. Oktober 1990 frei und bestimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland die Verantwortlichkeit für Besatzungsschäden übernimmt.

Die Regelung zur Durchführung dieses Artikels erfolgt durch Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes.

Artikel 6 behandelt die Rückgabe beweglicher oder unbeweglicher Vermögensgegenstände, die bisher der besatzungsrechtlichen Nutzung unterlagen und den künftigen Abschluß von Kauf-, Tausch- oder Mietverträgen über Liegenschaften.

Artikel 7 bestimmt eine Übergangsfrist von 6 (in der Berufungsinstanz 10) Monaten nach der Aufhebung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zur Abwicklung anhängiger Verfahren vor nicht-militärischen französischen Gerichten in Berlin.

Artikel 8 bestimmt, daß jede Vertragspartei um Konsultationen über die Interpretation und Anwendung des Übereinkommens ersuchen kann, die binnen 30 Tagen aufzunehmen sind.

Artikel 9 regelt die Voraussetzungen einer Überprüfung.

Artikel 10 behandelt die vorläufige Anwendung des Übereinkommens.

Artikel 11 enthält die Schlußbestimmungen, insbesondere über die Hinterlegung der Vertragsinstrumente und das Inkrafttreten des Übereinkommens.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 646. Sitzung am 25. September 1992 zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung genommen:

1. Zum Gesetzentwurf insgesamt

Der Bundesrat sieht das Gesetz zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin als einen Schritt auf dem Weg an, die Stationierung der verbündeten Streitkräfte auf eine neue, den geänderten Gegebenheiten angepaßte Grundlage zu stellen.

Er betont die bereits in seiner Entschließung vom 14. Dezember 1990 – Drucksache 683/90 (Beschluß) – geäußerte Ansicht, daß das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut in der bisherigen Fassung der neuen Lage nicht mehr gerecht wird. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die Aufnahme der Verhandlungen zur Revision des Zusatzabkommens.

Die Truppenreduzierung durch die Entsendestaaten ist bereits in vollem Gange. Die Rechte der Zivilbeschäftigten und ihrer Betriebsvertretungen werden jedoch noch immer durch das bisherige Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut eingeschränkt. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Rechtsstellung der Zivilbeschäftigten nicht erst nach Abschluß der Truppenreduzierungen der Rechtsstellung der Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr angeglichen werden sollte. Er bittet daher die Bundesregierung, die Verhandlungen baldmöglichst zum Abschluß zu bringen und dabei insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die Betriebsvertretungen bei den alliierten Streitkräften dieselben Mitbestimmungsrechte erhalten wie die Interessenvertretungen der Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr.

Mit großer Sorge sieht der Bundesrat Bestrebungen von Entsendestaaten, vermehrt Arbeitsplätze, die bisher von örtlichen zivilen Arbeitskräften besetzt waren, eigenen Staatsangehörigen zur Verfügung zu stellen und diese nach dem Arbeitsrecht des jeweiligen Entsendestaates zu beschäftigen. Er hält dies für mit Wortlaut und Sinn des Artikels IX Abs. 4 des NATO-Truppenstatuts nicht vereinbar. Der Bundesrat sieht in dieser Vorgehensweise eine Gefährdung der Akzeptanz der Stationierung der verbündeten Streitkräfte durch die einheimische Bevölkerung sowie eine nicht gerechtfertigte Belastung der regionalen Arbeitsmärkte, insbesondere in strukturschwachen Gebieten. Die Bundesregierung wird deshalb gebeten, eine Vereinbarung

mit den Entsendestaaten über den Mindestumfang der Beschäftigung örtlicher ziviler Arbeitskräfte zu treffen. Diese sollte sich an dem Beschäftigungsstand vor Beginn der Truppenreduzierung orientieren, bei den US-Streitkräften an dem Ergebnis der durch eine deutsch-amerikanische Expertengruppe 1979 durchgeführten Erhebung.

2. Zu Artikel 7 (§ 1 Satz 1)

In Artikel 7 sind in § 1 Satz 1 die Worte „nach den Notenwechseln in Verbindung mit Artikel VII Abs. 2 Buchstabe a oder Abs. 3 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts oder nach Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens“ zu streichen.

Begründung

In der Begründung zu Artikel 7 wird zutreffend darauf hingewiesen, daß deutsche Behörden in allen Fällen, in denen der Entsendestaat im Rahmen des NTS die Gerichtsbarkeit ausübt, zur Unterstützung der Behörden des Entsendestaates verpflichtet sind. Die in Artikel 7 § 1 enthaltenen Befugnisse gelten nach der Formulierung dieser Bestimmung jedoch nicht für alle Fälle der Ausübung der Gerichtsbarkeit durch einen Entsendestaat, sondern nur für die in Satz 1 erster Halbsatz genannten Fälle. Nicht genannt sind die Fälle des Artikels 19 Abs. 1 ZA-NTS. Dabei handelt es sich um den Regelfall: um all die Fälle, die unter den generellen Verzicht fallen (Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe b – der in § 1 genannt ist – trifft diese Fälle nicht). Die Fälle des generellen Verzichts werden zwar in der Regel in der Praxis keine Schwierigkeiten machen, weil in diesen Fällen immer auch deutsche Strafbarkeit und damit – auch vor eventueller Rücknahme des Verzichts – subsidiär deutsche Gerichtsbarkeit gegeben ist, so daß die in Artikel 7 des Entwurfs genannten strafprozessualen Maßnahmen in der Regel auch auf die StPO gestützt werden können. Es ist jedoch auch in diesen Fällen nicht ausgeschlossen, daß im Einzelfall Maßnahmen aufgrund der StPO nicht möglich sind (z. B. weil die Haftbefehlsvoraussetzungen nicht erfüllt sind), aber dennoch eine völkerrechtliche Pflicht zur Übergabe an die Behörden des Entsendestaates besteht. Eine solche Pflicht könnte nach dem Entwurf nicht erfüllt werden, weil dann keine Möglichkeit zur Festnahme bestünde.

Die Regelung des Artikels 7 muß daher auf alle Fälle der Ausübung der Gerichtsbarkeit ausgedehnt werden. Eine Aufzählung der einzelnen Bestimmungen, nach

denen der Entsendestaat die Gerichtsbarkeit ausübt, erscheint jedoch überflüssig. Dagegen spricht auch ein praktischer Gesichtspunkt. Nach der bevorstehenden Änderung von Artikel 19 ZA-NTS müßte das vorliegende Gesetz wieder geändert werden.

3. Zu Artikel 7 (§ 3 Abs. 7 – neu –)

In Artikel 7 ist in § 3 nach Absatz 6 folgender Absatz 7 anzufügen:

„(7) Die für das Gericht örtlich zuständige Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht bereitet die Entscheidung über die Übergabe vor und führt die vom Gericht angeordnete Übergabe durch.“

Begründung

Nach dem Entwurf ist die Staatsanwaltschaft an dem Verfahren nicht beteiligt. Dies erscheint jedoch aus praktischen Gründen erforderlich. Die Staatsanwaltschaften haben die Kontakte zu den Verbindungsstellen der Entsendestaaten, so daß die Staatsanwaltschaft im Rahmen des Verfahrens Zweifelsfragen schneller klären kann. Auch hat die Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde Erfahrung in der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen.

In Anlehnung an § 13 Abs. 2 IRG sollte daher die Staatsanwaltschaft in das Verfahren eingebunden werden.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung stimmt den Änderungsvorschlägen zu Nummer 2 der Stellungnahme (Artikel 7 § 1 Satz 1) und zu Nummer 3 der Stellungnahme (Artikel 7 § 3 Abs. 7 – neu –) zu.

Die Ausführungen des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf insgesamt (Nummer 1 der Stellungnahme) zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin stehen jedoch nur in einem losen Zusammenhang mit dem Inhalt des Gesetzes selbst oder der Notenwechsel. Die Bestimmung, an welche die Stellungnahme anknüpft, Nummer 2 des Notenwechsels vom 25. September 1990 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 (NATO-Truppenstatut) und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Übereinkünften, verweist auf Artikel 82 und auf die darin vorgesehene Überprüfung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut. Darin heißt es, wie in der Stellungnahme zitiert, daß jede Vertragspartei eine Überprüfung des genannten Abkommens beantragen kann.

Auf dieser Grundlage hat die Bundesregierung im Juni 1991 die Überprüfung des Zusatzabkommens beantragt. Die Verhandlungen darüber wurden am 5. September 1991 aufgenommen; sie haben für den größten Teil der vielschichtigen Verhandlungsmaterie zu Lösungen geführt. Einige Fragen sind noch nicht abschließend verhandelt. Die Bundesländer haben bei der Ausarbeitung der deutschen Verhandlungspositionen mitgewirkt und waren in der deutschen Delegation vertreten; auch dort haben sie ihre Positionen eingebracht. Die Bundesregierung hat die gemeinsam erarbeiteten Verhandlungsziele mit Nachdruck vertreten. Solange die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind, kann sie keine Erklärungen über die Ergebnisse insgesamt oder in Einzelfragen abgeben.

Die Bundesregierung wird die Stellungnahme des Bundesrates bei den noch laufenden Verhandlungen berücksichtigen, erkennt in ihr aber keine Bedenken gegen den Inhalt des Gesetzentwurfs zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin.